§ 8

Pflichten der Veranstalter

(1) Die Veranstalter von Spielen haben zu gewährleisten, daß die bestätigten oder vorgeschriebenen Spielbedingungen und Gewinnpläne eingehalten und die erteilten Auflagen erfüllt werden, daß sich die Spieleinrichtungen und -geräte in einem technisch einwandfreien Zustand befinden und daß der Spielverlauf nicht zuungunsten der Spieler beeinflußt wird oder werden kann.

(2) Die Spieleinsätze und die Gewinnpläne sind vom Veranstalter auf Schildern an gut sichtbarer Stelle bekanntzugeben. Für Kontrollzwecke sind die bestätigten oder vorgeschriebenen Spielbedingungen jederzeit bei der Spieleinrichtung bereitzuhalten. Durch Auflagen kann ihre gesamte oder aus-
zugsweise Bekanntgabe durch Aushang angeordnet werden.

§ 9

Ordnungsstrafbestimmungen

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Genehmigungspflicht gemäß § 3 Absätze 1 und 3 oder gegen Auflagen gemäß § 4 Abs. 5 und § 6 Abs. 2 verstößt, kann mit einem Verweis oder einer Ordnungsstrafe von 10 M bis 500 M belegt werden.

(2) Ist eine vorsätzliche Handlung nach Abs. 1 aus Vorteilsstreben oder ähnlichen die gesellschaftlichen Interessen mißachtenden Beweggründen oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren begangen und mit Ordnungsstrafe geahndet worden, oder ist ein größerer Schaden verursacht worden oder hätte verursacht werden können, kann eine Ordnungsstrafe bis zu 1 000 M ausgesprochen werden.

(3) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt dem Mitglied des Rates für Kultur des zuständigen Rates des Bezirkes.

(4) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBl. I Nr. 3 S. 101).

§ 10

Kontrolle

(1) Die Kontrolle über die Einhaltung der Bestimmungen dieser Anordnung üben die Räte der Kreise, Abteilung Kultur, im Zusammenwirken mit der Abteilung -Finanzen aus. Zuständig sind die Räte der Kreise, in denen der Veranstalter seinen Wohnsitz oder Sitz hat und in denen die Spiele veranstaltet werden.

(2) Im Rahmen der Prüfungen und Zulassungen gemäß § 6 übt gleichzeitig der Staatszirkus der Deutschen Demokratischen Republik die Kontrolle aus.

Schlußbestimmungen

§ 11

Richtlinien

Für die Regelung von Besonderheiten der Arten von Spielen sowie für die technische Kontrolle von Spielgeräten erlaubt das Ministerium für Kultur Richtlinien.

§ 12

Inkrafttreten

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung vom 28. Mai 1965 über das öffentliche gewerbmäßige Veranstalten von Spielen (GBl. II Nr. 65 S. 482) außer Kraft.

Berlin, den 23. November 1981

Der Minister für Kultur
H o f f m a n n

**Erste Durchführungsbestimmung
zum Umsatzsteuergesetz**

vom 20. Oktober 1981

Auf Grund des § 18 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) in der Fassung vom 13. September 1970 (Sonderdruck Nr. 673 des Gesetzblattes; Ber. GBl. II 1971 Nr. 50 S. 407) wird folgendes bestimmt:

Zu § 1 des Umsatzsteuergesetzes:

§ 1

Der Umsatzsteuer unterliegen alle Geld- und Sachwerte, die vom Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung bzw. von einem Dritten an die im § 2 des Umsatzsteuergesetzes genannten Personen — nachstehend als Gewerbetreibende bezeichnet — geleistet werden.

Zu § 3 des Umsatzsteuergesetzes:

§ 2

(1) Beim Kommissionsgeschäft — außer bei Kommissionshändlern des sozialistischen Einzelhandels¹ — liegt zwischen dem Auftraggeber (Kommittenten) und dem Vermittler (Kommissionär) eine Lieferung vor. Bei der Verkaufskommission gilt der Vermittler, bei der Einkaufskommission der Auftraggeber als Abnehmer.

(2) Erfolgt die Lieferung an den Abnehmer oder den von ihm bestimmten Dritten mit der Bahn, der Post oder einem Spediteur, so gilt die Lieferung mit der Übergabe des Gegenstandes an diese Transportbetriebe als ausgeführt.

(3) Eine Lieferung oder Leistung liegt auch vor, wenn die Bezahlung durch eine Gegenlieferung oder -leistung vorgenommen wird (Tausch).

Zu den §§ 4 und 7 des Umsatzsteuergesetzes:

§ 3

(1) Eine Lieferung im Großhandel hegt vor, wenn Gegenstände an einen anderen Betrieb geliefert werden. Lieferungen an staatliche Organe und Einrichtungen gelten stets als Lieferungen im Großhandel.

(2) Die Bearbeitung oder Verarbeitung durch einen Gewerbetreibenden hegt vor, wenn die Beschaffenheit des Gegenstandes durch den Gewerbetreibenden oder in seinem Auftrag durch einen anderen geändert wird.

§ 4

(1) Ausgenommen von der Steuerbefreiung gemäß § 4 Ziffern 9 und 10 des Umsatzsteuergesetzes ist die Lieferung bzw. Vermietung von Maschinen und sonstigen Vorrichtungen aller Art, auch wenn sie zu einer mit dem Grundstück verbundenen Betriebsanlage gehören.

(2) Steuerfrei gemäß § 4 Ziff. 9 des Umsatzsteuergesetzes sind auch Umsätze

1. die nach dem Beförderungsteuergesetz und den dazu erlassenen Vorschriften von der Beförderungsteuer befreit sind;
2. aus Beförderungen auf Wasserstraßen und aus Schleppen von Schiffen und Flößen;
3. aus dem Abschluß von Charter- und Überlassungsverträgen mit dem VEB Deutsche Binnenreederei.

(3) Zwischenmeister, die überwiegend mit Betrieben in festem Geschäftsverkehr stehen, sind gemäß § 4 Ziff. 14 des

¹ Kommissionshandelsverordnung vom 26. Mai 1966 (GBl. II Nr. 68 S. 429)